# Preußische Gesetzsammlung

1934

Ausgegeben zu Berlin, den 6. Januar 1934

Mr. 2

Tag	Inhalt:	Set te
27, 12, 33,	Geset über ben Amtsverluft als Folge strafgerichtlicher Berurteilung	5
28, 12, 33,	Ge se zur Abanberung bes Gesehes über die Industrie- und Handelskammern vom 24. Februar 1870 — 19. August 1897 in der Kassung des Gesehes über die Industrie- und Handelskammern vom 1. April 1924	6
30. 12. 33.	Gesen über eine Anderung der Ersten Sparverordnung vom 12. September 1931	0
	Ausführungsvorschrift zum Geseg über die Aufhebung ber im Kampse für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrasen und sonstigen Maßregelungen	
	Berordnung zur Anderung der Berordnung dem 24. Oktober 1933 über die herabletung der Binspape	10
1. 1. 34.	Rerarbuung zur Durchführung bes Gefekes über das Keuerlöschweien	10
Bekannti	nachung ber nach bem Gesetze vom 10. April 1872 burch bie Regierungsamisblätter veröffentlichten Erlasse. Urfunben usw.	

(Rr. 14059.) Geset über ben Amtsverluft als Folge ftrafgerichtlicher Berurteilung. Bom 27. Dezember 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

des President den Ansaleide 1. Friegen hat. In den Honselden den Benefichen den Ift gegen einen Beamten in der Zeit vor dem 2. Juli 1933 rechtsfräftig auf Gefängnis oder Festungshaft von mehr als einjähriger Dauer oder auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt worden, so hat der Beamte mit der Rechtskraft des Urteils sein Amt verloren.

Artikel IV § 4 des Gesetzes zur Umgestaltung des Dienststrafrechts der nichtrichterlichen Beamten bom 11. Januar 1932 (Gesetziamml. S. 9) und Artifel VI § 4 des Gesetzes zur Um= gestaltung des Dienststrafrechts der richterlichen Beamten bom 11. Januar 1932 (Gesetzsamml. S. 31) werden mit Wirkung vom 13. Januar 1932 ab aufgehoben.

im Hanishaltsplan so meit herabsehen, g Bbie Umlage nicht mehr als gehn vom Hundert

Die erforderlichen Ausführungsbeftimmungen erlaffen der Minifter des Innern, der Juftizminister und der Finanzminister. In and Butter

Berlin, den 27. Dezember 1933. was indistremented and bestellt bereichte note

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium. Göring

\*\*galeich als Winister bes Innern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird mit berkündet.

Berlin, den 27. Dezember 1933. (4) Die Judistrick und Handelslammer fann von solchen Gewerbetreibenden, die

stindnis ranis duff naportanuls al Für den Reichskanzler: " wellharetsduck mi radon

Der Preußische Ministerpräsident. vertretung auf Genedlage einer "gring van gefammendelagt sind. Sahmig und

(Nr. 14060.) Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über die Industries und Handelskammern vom  $\frac{24}{19}$ . August 1870 in der Fassung des Gesetzes über die Industries und Handelskammern vom 1. April 1924 (Gesetzsamml. S. 194). Vom 28. Dezember 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1.

Die Industries und Handelskammern können durch Beschluß bestimmen, daß bei der Berechnung der im § 16 des Gesetzes sestgesetzen Amtsdauer ihrer Mitglieder das Kalendersjahr 1933 nicht zur Anwendung kommt.

8 2

§ 25 erhält folgende Fassung:

### still de mare entre est de mor est § 25. Ou mor estato med don ser ou b

- (1) Die Judustrie- und Handelskammern und ihre Zweckverbände sind zu sparsamster und wirtschaftlicher Finanzgebarung verpflichtet. Sie haben die Leistungskraft ihrer Mitglieder pfleglich zu behandeln.
- (2) Vor Beginn jedes Rechnungsjahrs hat der Vorsitzende nach Beratung im Vorstand und in einem Haushaltsausschuß einen Haushaltsplan festzustellen, der die für das Rechnungsjahr zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben nach Zweckbestimmung und Ansatzernnt zum Ausgleich zu bringen hat. In den Haushaltsplan dürsen nur solche Ausgaben eingestellt werden, die nach gewissenhafter Prüfung zur Erfüllung der in diesem Gesetz bezeichneten Ausgaben unbedingt erforderlich sind.

§ 3.

Im § 26 werden an Stelle von Abs. 2 folgende neuen Abs. 2 bis 4 eingefügt:

- (2) Haushaltsplan und Umlage bedürfen der Genehmigung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit; dieser unterrichtet den Minister der Finanzen. Übersteigt die Umlage zehn vom Hundert der ihr zugrunde liegenden Gewerbesteuer, so kann der Minister für Wirtschaft und Arbeit mit Zustimmung des Ministers der Finanzen die Ausgaben im Haushaltsplan so weit herabsetzen, daß die Umlage nicht mehr als zehn vom Hundert der Gewerbesteuer beträgt.
- (3) Die Industries und Handelskammer kann außerdem die Erhebung eines einsheitlichen Grundbeitrags bis zum Höchstetrag von jährlich 12 AM beschließen, der von allen wahlberechtigten und beitragspflichtigen Firmen zu zahlen ist. Die Industries und Handelskammer kann ferner beschließen, daß sich der Grundbeitrag für Gruppen von Firmen, deren Gewerbebetrieb nicht über einen bestimmten Umfang hinausgeht, ermäßigt. Die Freistellung von gewerbesteuerpflichtigen Betrieben auf Grund des § 5 Abs. 3, § 12 Abs. 2 und § 14 Abs. 2 der Gewerbesteuerverordnung vom 23. November 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 1927 (Gesetssamml. S. 21), des Gesetssamml. S. 47) steht der Erhebung des Grundbeitrags nicht entgegen, sosen der Betrieb nicht stillgelegt ist. Der Beschluß der Kammer bedarf der Genehmigung des Ministers sür Wirtschaft und Arbeit.
- (4) Die Industries und Handelskammer kann von solchen Gewerbetreibenden, die weder im Handelsregister noch in der Handwerksrolle eingetragen sind, einen einheitslichen Grundbeitrag bis zum Höchstbetrag von 6 AM erheben. Die Erhebung hat zur Voraussehung, daß sämtliche Einzelhändler des Kammerbezirkes zu einer Einzelhandelssvertretung auf Grundlage einer Kammersahung zusammengesaht sind. Sahung und Umlagebeschluß der Kammer unterliegen der Genehmigung des Winisters für Wirtsschaft und Arbeit.

and a defendence of the control of the state of the state

Nach § 30 wird folgender neuer § 30 a eingefügt:

§ 30 a. Seel meding T. At und gullreff

Die Kammer kann mit Zustimmung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit für die Benutzung von Anstalten, Anlagen und Einrichtungen sowie für Amtshandlungen, für welche die Kammer von einzelnen in Anspruch genommen wird, öffentlich-recht-liche Gebühren erheben.

\$ 5.

Un Stelle des § 31 treten folgende-Bestimmungen:

§ 31.

- (1) Nach Abschluß des Rechnungsjahrs hat der Vorsitzende über alle Einnahmen und Ausgaben für das abgeschlossene Rechnungsjahr Rechnung zu legen (Haushaltserechnung). Die Haushaltsrechnung ist durch einen Rechnungsprüfungsausschuß vorzuprüfen.
  - (2) Die Entlastung erteilt der Minister für Wirtschaft und Arbeit.
  - (3) Auf die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans, die Kassen und Buchführung und Rechnungslegung, die Rechnungsprüfung und die Entlastung finden die Vorschriften der Reichshaushaltsordnung sinngemäß Anwendung.

ng ber Ergen und Zweisen Svarver. 60 g. ang bem 14. Mars 1939 (Geletsfammil, E.

Nach § 31 wird folgender § 31 a neu eingefügt:

§ 31 a.

Der Anspruch der Industries und Handelskammer auf Zahlung der Beiträge untersliegt der Verjährung. Auf die Verjährung finden die Vorschriften der Reichsabgabensordnung über die Steuern vom Einkommen und Vermögen Anwendung.

murrollimmain 87, schiffmatte and

§ 43 Abf. 2 erhält folgenden Zusat:

Kommen Neuwahlen innerhalb dieser Frist nicht zustande, so kann der Minister für Wirtschaft und Arbeit ihre Hinausschiedung genehmigen.

Abs. 3 erhält folgenden Zusat:

Er kann in diesem Falle insbesondere Bestimmungen über die Einsetzung eines Borstandes, die Ernennung des Vorsitzenden und die Beiordnung eines Beirats treffen. Auch kann er dem Vorsitzenden oder dem Vorstande das Recht verleihen, verbindliche Beschlüsse im Sinne des § 34 zu fassen.

modification 8 8.

Dies Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium. Göring. Schmitt. Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 28. Dezember 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

(Nr. 14061.) Geseth über eine Anderung der Ersten Sparverordnung vom 12. September 1931 (Gesethfamml. S. 179). Bom 30. Dezember 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

und Reducing ferning 1. 2 Reducing finden and die Entlastung sinden

Die Vorschriften im Kapitel III §§ 2 und 3 des Zweiten Teiles der Ersten Sparberordnung vom 12. September 1931 (Gesetzsamml. S. 179) in der Fassung des Kapitels V § 1 der Verordnung zur Ergänzung der Ersten und Zweiten Sparberordnung vom 14. März 1932 (Gesetzsamml. S. 123) werden mit Wirkung vom 1. Fanuar 1934 aufgehoben.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 30. Dezember 1933. den angenden de mod mannet and modif augustate

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.
Söring. Popik.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 30. Dezember 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Söring.

(Rr. 14062.) Ausführungsvorschrift zum Gesetz über die Aufhebung der im Kampfe für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstigen Magregelungen. Bom 30. Dezember

Auf Grund von § 1 Abs. 3, §§ 2 und 4 des Gesches über die Aufhebung der im Kampfe für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen vom 23. Juni 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 390) und der Verordnung zur Durchführung dieses Gesches vom 25. Juli 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 535) zu § 4 Abs. 3 Sat 2 wird solgendes bestimmt:

#### Buftanbigfeit.

1. Die Entscheidung über die Einstellung der Berfahren im Sinne des § 1 Abs. 1 Sat 2 des Gesetzes trifft das Dienststrafgericht, bei dem das Versahren anhängig ist; sosern die Anschuldigungsschrift beim Dienststrafgericht noch nicht eingegangen ist, entscheidet die Einleitungsbehörde. Oberste Landesbehörde im Sinne des § 1 Abs. 3 und des § 2 Sat 2 des Gesetzes ist der Fachminister; er entscheidet im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

Wiederaufnahmeverfahren.

- 2. Für das Wiederaufnahmeverfahren nach § 4 des Gesetzes gelten folgende Vorschriften:
  - (1) Zur Stellung des Antrags sind der aus dem Amte entsernte Beamte, sein gesetzlicher Vertreter, nach seinem Tode sein Ehegatte und seine Verwandten aufund absteigender Linie berechtigt. Der Antrag ist schriftlich bei dem Fachminister einzureichen, dessen Verwaltung der Beamte unterstand, als das Dienststrasurteil rechtskräftig wurde; der Antrag ist zu begründen. Der Fachminister entscheidet, ob ein Teil des Tatbestandes und gegebenenfalls welcher unter § 1 des Gesetzes fällt und im Wiederaufnahmeversahren vor dem Dienststrasgericht auszuscheiden hat. Diese Entscheidung ist für die Dienststrasgerichte bindend. Der Fachminister ernennt den Beamten der Staatsanwaltschaft, soweit nicht die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft durch das Gesetz einer bestimmten Behörde übertragen sind, und verweist das Versahren vor das Dienststrasgericht, das auf Entsernung aus dem Amte erkannt hat, oder, wenn dieses Gericht nicht mehr besteht, vor das nach der Beamtendienststrassordnung oder der Dienststrassordnung sür die richterlichen Beamten vom 27. Januar 1932 (Gesetzlamml. S. 59 und 79) an seine Stelle getretene Dienststrasgericht.

(2) Für die Beamten des Oberverwaltungsgerichts, der Oberrechnungskammer und des Landtags tritt an die Stelle des Fachministers im Sinne des Abs. 1 der

Ministerpräsident.

(3) Wenn der Sachverhalt genügend geklärt ist, kann das Dienststrafgericht auf Antrag des Beamten der Staatsanwaltschaft ohne neue mündliche Verhandlung die frühere Entscheidung auscheben und auf Freisprechung erkennen. Anderenfalls ist, nachdem der Sachverhalt unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des § 68 der Beamtendienststrafordnung oder des § 68 der Richterdienststrafordnung aufgeklärt worden ist, die Sache zur mündlichen Verhandlung zu bringen. Für das Versahren gelten die §§ 42 bis 48 der Beamtendienststrafordnung und die §§ 43 bis 49 der Richterdienststrafordnung. Das Dienststrafgericht kann die frühere Entsicheidung aufrechterhalten oder ausschen und anders in der Sache entscheiden; eine höhere Strafe als in der früheren Entscheidung darf nicht verhängt werden. Die Entscheidung des Dienststrafgerichts kann mit der Berufung (§§ 49 ff. der Beamtenstenststrafordnung, §§ 50 ff. der Richterdienststrafordnung) angesochten werden.

Berlin, den 30. Dezember 1933.

(Giegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring and the maintained in hamos

(Rr. 14063.) Berordnung zur Anderung der Verordnung bom 24. Oktober 1933 (Gesehsamml. S. 392) über die Herabsehung der Zinsfähe im Pfandleihgewerbe. Vom 26. Dezember 1933.

**A**luf Grund des § 1 Abs. 3 Sat 2 des Gesetzes, betr. das Pfandleihgewerbe, vom 17. März 1881 (Gesetziamml. S. 265) in der Fassung des § 1 des Abänderungsgesetzes vom 7. Juli 1920 (Gesetziamml. S. 387) und des § 4 der Berordnung vom 23. November 1923 (Gesetziamml. S. 534) wird folgendes angeordnet:

Satz 2 der Verordnung vom 24. Oktober 1933 (Gesetzsamml. S. 392) wird wie folgt geändert:

An Stelle der Worte "nur den" ift zu setzen "5/4 des", statt "Zinssatz" ist zu setzen "Zinssatz", das Wort "dieses" ist zu ersetzen durch die Worte "des unter a) im § 1 a. a. D. ursprünglich vorgesehenen".

Berlin, den 26. Dezember 1933.

# melfindiras educated in Der Preußische Minister des Innern.

(1) Zur Stellung des Espartjuß mG der aus dem Amte entfernte Beante, sein gesehlicher Bertreter, nach Expende und seine Begatte und seine Verwandten aufe und abseigender Ante derechtigt. Der Antrag ist ichristlich dei dem Kachminister

recitstichtig wurde, der Antrage ist zu begründen. Der Kachminister emischei,

(Nr. 14064.) Berordnung zur Durchführung des Gesehes über das Fenerlöschwesen. Vom 1. Januar

Auf Grund des § 26 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 15. Dezember 1933 (Gesetzsamml. S. 484) wird für das Land Preußen folgendes verordnet:

#### § 1.

#### § 2.

Die auf Grund der §§ 139 und 140 des Zuständigkeitsgesetzes gebildeten Sprizenberbände werden Feuerlöschverbände im Sinne des § 16 Abs. 2 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen.

# 48 ber Michterdreuftstrasorierg Das Des Dienststrafgericht tann die frühere Ent-

Bis zum Inkrafttreten der neuen Satzungen bleiben die Satzungen, die für die im § 1 Satz 1 und im § 2 genannten Vereine und Verbände bisher gelten, in Kraft.

Bis zur Ernennung von neuen Vorstandsmitgliedern bleiben die Vorstandsmitglieder der im § 1 Satz 1 und im § 2 genannten Vereine und Verbände in Tätigkeit.

## murrellminiaton § 4. white until and

Soweit in Stadtfreisen eine einheitliche freiwillige Feuerwehr besteht oder gebildet wird, bildet diese einen Kreisseuerwehrverband im Sinne des § 7 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen.

Sobald in Berlin eine einheitliche freiwillige Feuerwehr gebildet ist, bildet diese gleichzeitig einen Kreissseuerwehrverband im Sinne des § 7 und einen Provinzialseuerwehrverband im Sinne des § 9 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen.

§ 5.

Diese Berordnung tritt an dem auf ihre Beröffentlichung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 1. Januar 1934.

Der Preußische Minister des Innern.

Im Auftrage: Loehrs.

## Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 4. Dezember 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinden Grifte und Haldorf für die Sicherstellung der Wasserversorgung durch das Amtsblatt der Regierung in Kassel Nr. 50 S. 347, ausgegeben am 16. Dezember 1933;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 8. Dezember 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Drochtersen für den Ausbau eines Gemeindewegs in Aschhorn durch das Amtsblatt der Regierung in Stade Nr. 51 S. 209, ausgegeben am 23. Dezember 1933. second verteplanmand 1894. ser. 2, ansgegeben um 6. 1. 34.

Sobod in Eerlin eine einheitliche fresvollige Feuervehr gebilder ist, hilder diese gleichzeilig einen Areissenervehrbriden im Sinne des 3.7 und einen Prodinzialfeiterwehrderdand im Sinne des 3.9 des Gesebes über das Feuerlötzbingen

š Ď.

Diese Berorduung tritt an dem auf ihre Baröffentlithung solgenden Cage in Arast, word

Berlin, den L. Januar 1984.

Der Prenhische Minister des Junern.

Boebrs.

Partin ber 26. Welensber 2003.

# Definintmedjung.

Nach Borfchrift bes Gefetes vom 10. April 1872 (Gefeyfammil E. 357) find befanntgemacht:

1. den Erlaß des Neuhilden Staatsmintsteriums vom 4. Dezember 1999 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ermeinden Eriste und Haldvorf für die Sicherstellung der Wasservorgung durch das Amisdlatt der Regierung in Kassel Nr. 50 S. 347, ausgegeben am 16. Dezember 1983.

2. der Erlog des Preuhilden Claatsministeriums vom 8. Dezember 1933 üder die Verleibung des Enfeignungsrechts an die Gemeinde Drochtersen für den Kusban eines Gemeindewegs in Alchhorn

durch das Amisblait der Regierung in Clade Na 51 E. 949, ausgegeben am 23. Dezember 1938.

trouslande. Present find at Considerate and Astronomy, des offentiation with innest he name of 7 and 2 non-surged from the Bank distribution weathings. Consider be before the first and particular and interest from Considerate before the Considerate and C

Whe day like he has been be the rink out has Hallandigterkgelicked gelitheten Christenberkand the day like has been been best for a fin and a fine of the confidence of the day Helderfieldmer'en.

Mil yen Internation ber ander de general biller die Breitagen, die der die in d. 2 Sat im 4 C generalie Berkel und Methode d'Aus gelieb anderel

Derausgegeben vom Preußischen Staatsminiterium. — Druck: Preußische Neusereis und

erlagt A. von Peder's Alerlag, G. Schend, Perlin A. 9. Linktrobe 35. (Polithedfonto Verlin 9059.)
Den fan edden Begna der Beengidgen Geredamathung vernitteln nur die Politankalten (Begnatheis f. All vierelflächtlag);
einselse Hinragen und Jahrgünge (auch klerer donnen vernitteln und durch der konthoondel vergen verden.
Breik ihr den achteitigen Rogen oder den Bogenteil 20 Kp., der größeren Bekeilungen 10-40 n.c. Beelermaksenna.